

# **Gemeinsame Resolution des Kreistages Merzig-Wadern**

Der Kreistag möge beschließen:

## **Resolution des Kreistages Merzig-Wadern:**

### **„Kommunale Haushalte im Saarland vor dem Kollaps bewahren – Bund und Land müssen handeln“**

Die saarländischen Landkreise, Städte und Gemeinden befinden sich in einer noch nie dagewesenen schwierigen finanziellen Lage. Die seit Jahren angespannte Finanzlage wird durch die von Pandemie und Katastrophen ausgelösten Anforderungen an den öffentlichen Gesundheitsdienst und den Katastrophenschutz sowie durch die aktuelle Versorgungs- und heraufziehende Wirtschaftskrise massiv verschärft. In 2023 steigen im Saarland die Kreisumlagen aller Landkreise von 677,4 Millionen Euro um mehr als 126 Millionen Euro auf 804 Millionen Euro, ein Anstieg um rund 20 Prozent.

Im Landkreis Merzig-Wadern haben unsere Gemeinden eine Erhöhung der Kreisumlage um 12 Millionen Euro zu schultern. Während Bund und Land ihre Erfordernisse über zusätzliche Schulden finanzieren, sind die Kreise gesetzlich zum Haushaltsausgleich über die Umlage gezwungen und die Gemeinden müssen den Saarlandpakt und die Schuldenbremse einhalten. Damit werden nicht nur alle Sparbemühungen vor Ort zunichtegemacht, dieses Geld fehlt in unseren Dörfern und Gemeinden für die Aufrechterhaltung der Infrastruktur und damit dort, wo die Menschen ihre Lebenswirklichkeit unmittelbar wahrnehmen. Das seit Jahrzehnten im Saarland unterfinanzierte System der kommunalen Daseinsvorsorge kann weitere Belastungen nicht mehr verkraften, es steht vor dem Kollaps.

Die seit Jahren zu konstatierende stetige Verschärfung der kommunalen Haushaltsnotlage im Saarland und die nunmehr drastischen Erhöhungen der Kreisumlage haben vielfältige Ursachen, sind aber im Wesentlichen der Bundes- und Landespolitik geschuldet. Bund und Land beschließen Gesetze (zum Beispiel Wohngeldreform, Betreuungsrecht, Bürgergeld, Eingliederungshilfe, Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz an Grundschulen, das Deutschlandticket im ÖPNV, G9 an Gymnasien), zu deren Umsetzung die Kreise gesetzlich verpflichtet sind. Konnexität gegenüber dem Bund gibt es nicht und das Land übt seit jeher seine Sachwalterfunktion für die Kommunen im Bundesrat völlig unzureichend aus. Und Konnexität mit dem Land muss mühsam erstritten werden.

Zum anderen leiden die saarländischen Kommunen an einer strukturell-bedingten Finanzschwäche. Die Kommunen erhalten 15 Prozent der Steuern, müssen aber 25 Prozent der Aufgaben erledigen. Das Finanzierungssaldo der saarländischen Landkreise pro Kopf ist mit -79,24 Euro das zweitschlechtesten nach Hessen. Die Finanzausstattung ist nicht ausreichend, um alle der kommunalen Ebene übertragenen Aufgaben angemessen zu erledigen. Die Landkreise verfügen über keine eigene Steuereinnahme und sind auf die Umlage angewiesen. Die geringe Einnahme- und

Steuerkraft der saarländischen Kommunen wird durch die ungelöste Frage nach einer Altschuldenregelung durch den Bund noch verschärft.

Während die Umlage um 126 Millionen steigt, erhöhen sich die Steuereinnahmen des kommunalen Finanzausgleichs nur um 95 Millionen Euro. Letztlich führt diese Entwicklung die Gemeinden wieder zurück in die Spirale der Kassenkreditfinanzierung, die dafür nicht gedacht ist. Es ist kurz nach zwölf! Wenn nicht gehandelt wird, folgen in den kommenden Jahren u.a. weiter steigende Kreisumlagen und ein Verfall der kommunalen Infrastruktur wegen fehlender Investitionskraft.

Der Kreistag Merzig-Wadern schließt sich den zentralen Forderungen des Landkreistages Saarland vom 7. Februar 2020 und vom 25. November 2022 sowie im Wesentlichen der Entschließung des Präsidiums des Saarländischen Städte- und Gemeindetages vom 18. November 2022 an und fordert seinerseits:

## 1. Eine strukturell bessere Finanzausstattung

- 1) Der derzeitige **Kommunale Finanzausgleich** muss schnellstmöglich überarbeitet werden – horizontal und vertikal!  
Wir begrüßen, dass die Landesregierung im Prozess der Überprüfung des Kommunalen Finanzausgleichs zugesagt hat, die kommunale Familie, auch was die Auswahl der Gutachter sowie die Formulierung des Gutachterauftrages angeht, von Beginn an auf Augenhöhe einzubinden. Dabei muss im Mittelpunkt der Begutachtung stehen, ob die saarländischen Landkreise, Städte und Gemeinden eine ihren vielfältigen und ständig wachsenden Aufgaben angemessene Finanzausstattung durch das Land erhalten und in welchem Umfang eine unzureichende Finanzierung besteht. In diesem Fall ist unmittelbar die Verbundquote anzupassen. Es wird erwartet, dass dieser Prozess nunmehr zeitnah angegangen wird, damit noch vor der Sommerpause 2023 das Gutachten in Auftrag gegeben werden kann.
- 2) Im Zuge der bündischen Solidarität und der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse muss der Bund eine dauerhafte Lösung für die Altschuldenfrage der Kommunen herbeiführen. Dies ist auch das Ziel der Bundesregierung, die den Kommunen ihre „Hilfe bei der Altschuldenproblematik“ zugesagt hat (Koalitionsvertrag 24.11.2021). Wir appellieren deshalb an alle Entscheidungsträger im Bund, insbesondere an die Opposition (CDU/CSU), den Weg für eine Altschuldenregelung konstruktiv mit zu gestalten. Dies gilt ebenso für die Ländervertretungen im Bundesrat. Das Konnexitätsprinzip bzw. das Prinzip „Wer bestellt, muss auch bezahlen“ muss bei der Umsetzung aller programmatischer Vorhaben des Landes und des Bundes zwingend eingehalten werden, sodass die Vorhaben ohne zusätzliche Finanzierung durch die kommunale Ebene umzusetzen sind.
- 3) Da die fehlende kommunale Finanzkraft auch durch die unzureichende Finanzkraft des Saarlandes negativ beeinflusst wird, ist der Bund dringend aufgerufen, die Verteilung der Umsatzsteuer zu reformieren hin zu mehr Gerechtigkeit im Sinne gleichwertiger Lebensverhältnisse. Die Umsatzsteuer darf nicht weiter nach Wirtschaftskraft, wodurch die Schere zwischen armen und reichen Ländern immer größer wird, verteilt werden, sondern zumindest nach der Zahl der Einwohner.

## **2. Mehr direkte Hilfen von der Bundes- und Landesregierung**

- 1) Weiterleitung der Flüchtlingsmittel des Bundes und Finanzierung von Dependancen zur Unterbringung durch das Land.
- 2) Vollständige Übernahme der Kosten der Unterkunft für Flüchtlinge durch den Bund.
- 3) Vollumfängliche Übernahme der Kosten für das 49-Euro-Ticket durch Bund und Land sowie Verstetigung und inflationsgerechte Anpassung der Regionalisierungsmittel im ÖPNV durch den Bund.
- 4) Weiterleitung der Mittel des Digitalpaktes zur Umsetzung der Digitalisierung an Schulen.
- 5) Dauerhafte finanzielle Unterstützung bei der Umsetzung der Digitalisierung der Verwaltung (Online-Zugangs-Gesetz).
- 6) Deutlich stärkere Steuerung des Informations- und Kommunikationsprozesses im Bereich des Digitalisierungsprozesses der kommunalen Verwaltungen.

## **3. Kommunale Investitionshilfen durch das Land**

- 1) Erwartung, dass der aus dem Transformationsfonds Strukturwandel im Saarland für die Ertüchtigung der kommunalen Infrastruktur in energetischer Hinsicht vorgesehene Anteil von 100 Mio. € durch Zuschussprogramme und weitere Eigenmittel des Landes flankiert wird, um den kommunalen Eigenanteil bei der Sanierung und Modernisierung der kommunalen Infrastruktur auf max. 20 % zu begrenzen.
- 2) Umsetzung eines grundständigen zentralen Schulbauprogramms in Händen des fachlich zuständigen Ministeriums für Bildung und Kultur, wo Zuschüsse zu allen Investitionsmaßnahmen gebündelt werden.
- 3) Vollständige Übernahme aller entstehenden Mehrkosten im Rahmen des Rechtsanspruchs auf einen Ganztagsplatz für Grundschulkinder durch Bund und Land.

## **4. Verbesserungen im Bereich der Feuerschutzsteuer und der Landespflegeplanung**

- 1) Wegfall der geplanten Erhöhung des prozentualen Vorwegabzuges bei der Feuerschutzsteuer zugunsten des Landes. Vor dem Hintergrund der Herausforderungen für unsere Freiwillige Feuerwehr müssen die Mittel in bisheriger Höhe zur Stärkung der Bedarfe vor Ort verwandt werden.
- 2) Aufforderung an das Land, sich der Aufgabe der Landespflegeplanung unter allen Aspekten einer Bedarfsplanung zeitnah anzunehmen und endlich wieder selbst für die notwendigen Investitionskosten aufzukommen.